

**Potsdam, 14.12.12**

Rede des Fraktionsvorsitzenden AXEL VOGEL zur 3. Lesung des Haushaltsgesetzes  
2013/2014

- es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Abschluss unserer Haushaltsberatungen findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Verhandlungen zum Schutze des weltweiten Klimas in Doha als gescheitert gewertet werden müssen. 15 Jahre nach Kyoto stehen Industrie- und Entwicklungsnationen gleichermaßen vor einem Scherbenhaufen kollektiven Versagens. Die Gründe scheinen auf den ersten Blick vielfältig, lassen sich aber auf einen wesentlichen Punkt zurückführen: Die Industrienationen und die ihnen nacheifernden Schwellenländer waren zu keinerlei Zugeständnissen bereit, die ihre Art zu wirtschaften in irgendeiner Weise stören könnten.

Lieber nimmt man die Folgen eines sich beschleunigenden Klimawandels von Dürren bis Überschwemmungen in Kauf und verspricht – das ist immerhin neu - für die Folgeschäden, für „Loss and Damage“ aufzukommen.

Kaum jemand ist bereit, zugunsten anderer auf seine vermeintlichen Vorteile zu verzichten. In diesem Fall auf vermeintlich begründete Anrechte zur Verschmutzung der Atmosphäre mit Treibhausgasen. Solidarität oder gar Altruismus ist die Sache der meisten Nationen nicht; dieses Mal hat aber nicht einmal das eigene handfeste Interesse an dem Erreichen des mehrfach weltweit bekundeten Ziel einer Begrenzung des Temperaturanstieges auf 2 Grad Celsius ausgereicht um über seinen eigenen Schatten zu springen.

Die einfache Erkenntnis, dass nicht mehr CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre entlassen werden darf, als im gleichen Zeitraum der Atmosphäre wieder entzogen wird, hat keine handlungsleitende Wirkung entfaltet.

Das verbohrte Bestehen unseres Nachbarlandes Polen auf Verschmutzungsrechte findet dabei ihr Vorbild nicht nur in dem seit Jahren andauernden rücksichtslosen Einsatz unserer Landesregierung für eine möglichst schnelle Verstromung der Lausitzer Braunkohle. Sie findet auch ihre Entsprechung im Argumentationsmuster unserer Brandenburg Landesregierung, die sich gerne über negative Konsequenzen ihres Handelns in der Zukunft mit scheinbar positiven Effekten in der Gegenwart hinwegtröstet.

Doch das Motto „Nach uns die Sintflut“, Selbsttäuschung als Prinzip politischen Handelns findet man nicht nur in der Energie- und Klimapolitik.

Und damit sind wir mitten drin im heutigen Thema, in der Diskussion des Doppelhaushaltes 2013/14.

Anrede

Wer Geld verteilen will, sollte erst einmal über Geld verfügen. Diese einfache Wahrheit ist in den meisten Staatshaushalten außer Kraft gesetzt.

Im 21. Jahr seiner Gründung unterscheidet sich Brandenburg wenig von den meisten anderen Bundesländern. Inzwischen beträgt die Verschuldung des Landes am Kapitalmarkt rund 18 Milliarden Euro, hinzu kommen rund 20 Milliarden Euro Pensionsverpflichtungen und 8,7 Milliarden Euro Verschuldung der Brandenburger Kommunen. Und auch auf den Weltfinanzmärkten ist die Landesregierung unterwegs mit mehr als 14 Milliarden Euro Derivatvereinbarungen.

Den Druck, von diesen Schulden wieder runterzukommen, verspürt in der Landesregierung angesichts einer historisch einmalig niedrigen Umlaufrendite von rund 1,1 Prozent derzeit niemand.

Außerhalb der Vorstellungskraft, dass aufgenommene Schulden auch einmal zurückbezahlt werden müssen, liegen aber offenkundig auch die Folgen eines massiven Anstieges der Zinssätze, so wie es Griechenland, Spanien, Portugal, Irland usw. innerhalb weniger Monate erleben mussten. Da allein in Brandenburg jährlich zwischen 3 und 4 Milliarden Euro Altschulden in neue Schuldtitel umgetauscht werden müssen, kann eine Zinserhöhung sehr schnell gravierende Konsequenzen für den Landeshaushalt haben.

Immerhin traut auch unser Finanzminister dem lieben Frieden nicht und kalkuliert in der mittelfristigen Finanzplanung einen moderaten Anstieg der Zinsausgaben bis 2016 auf fast 800 Millionen Euro ein.

Wir Grünen denken, dass nachhaltige Haushaltspolitik bereits an dieser Stelle einsetzen muss.

Wer sich und seine Nachkommen nicht den Finanzmärkten ausliefern will, muss dafür sorgen, dass die vom Staat innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zur Verfügung gestellten Leistungen auch innerhalb dieses Zeitraumes durch Einnahmen finanziert werden.

Daher treten wir Bündnisgrünen auch für einen ausgeglichenen Haushalt ein. Es ist nicht hinzunehmen, dass der Finanzminister sich in den letzten Jahren aus eingesparten Kreditzinsen ein Polster von 372 Mio Euro aufgebaut hat und 2013 dennoch 330 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen will.

Wir Grünen müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Flughafen BER ein solch großes Loch in den Haushalt reißt, dass hierfür Mittel aus der Rücklage in Anspruch genommen werden müssen. Und dennoch wäre es möglich gewesen trotz BER die Neuverschuldung auf 60 Millionen Euro zu begrenzen, wenn diese Rücklage vollständig aufgelöst würde. Allerdings wurden diese Anträge bereits gestern abgelehnt. Wir denken, dass ist ein großer Fehler!

Denn wer sich nur die bereinigten Einnahmen und Ausgaben ansieht, täuscht sich leicht über die wirkliche Finanzsituation des Landes hinweg: Der Finanzminister erreicht seinen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2014 nur durch die SoBEZ des Bundes, die 2013 und 2014 immer noch über eine Milliarde Euro betragen werden. Völlig zu Recht weist der LRH darauf hin, dass wir unverändert ein strukturelles Defizit von 1 Milliarde Euro haben, das bis spätestens 2019, dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Schuldenbremse abgebaut sein muss.

Wie die jetzt in den Haushalt eingearbeiteten Zahlen der Herbststeuerschätzung belegen, wachsen die Einnahmen und damit die Steuerkraft der Geberländer des Länderfinanzausgleichs weitaus schneller als in Brandenburg.

Und die aktuellen Zahlen aus der November-Steuerschätzung weisen zudem daraufhin, dass es mit dem Aufschwung in Brandenburg trotz verbesserter Platzierung in irgendwelchen Dynamik-Ranking-Tabellen nicht so weit her ist.

Auch wenn die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg 2011 um 1,5 % gewachsen ist, so liegen wir damit hinter dem ostdeutschen Zuwachs von 1,8 %. Und unverändert haben wir weniger Arbeitsplätze als noch im Jahre 2006. Die Abnahme der Arbeitslosenquote „verdankt“ sich damit in erster Linie dem demographischen Wandel, dem Ausscheiden zunehmend geburtenstarker Jahrgänge aus dem Erwerbsleben während gleichzeitig die durch den Wendeknick dezimierten Jahrgänge junger Menschen in das Erwerbsleben nachrücken.

Dieser Effekt wird noch verstärkt von der Abwanderung junger Menschen nach dem Schulabschluss. Unser Glück ist nur, dass wir unverändert Zuzug aus Berlin haben, zumeist von Menschen die ihren Arbeitsplatz verbunden mit einem guten Einkommen gleich mitbringen und nach Berlin einpendeln.

Nur dadurch ist zu erklären, dass das Durchschnittseinkommen der Brandenburger bei rund 70 Prozent des Einkommens der Westdeutschen und damit leicht über dem ostdeutschen Durchschnittseinkommen liegt. Auf das gesamte Land bezogen verheißt das allerdings nichts Gutes. Während wir hier über Mindestlöhne von 8,50 Euro pro Stunde diskutieren, werden weithin Löhne von über 15 Euro pro Stunde, die zu einer späteren Rente über dem Grundsicherungsniveau führen könnten, nicht mehr erreicht.

Oder mit anderen Worten: Flächendeckend ist Altersarmut bei uns programmiert und damit verbunden werden wir nach 2020 auch gravierende Einnahmeausfälle des Staates zu verzeichnen haben.

Hier rächt es sich, dass über Jahre hinweg so ziemlich alle und jede Ansiedlung gefördert wurde, ohne dass soziale Kriterien wie Tariftreue oder Mindestlöhne zugrunde gelegt wurden. Im Ergebnis blicken wir auf eine Vielzahl von Sumpfb Blüten im Niedriglohnbereich, seien es Call-Center, Zeitarbeitsfirmen oder Arbeitsplätze im Reinigungs- oder Sicherheitsgewerbe. Firmen, die sich sofort aus dem Staub machen, wenn anderswo die Voraussetzungen für Lohndrückerei bei gleichzeitiger Ausreichung von Fördermitteln für eine Erhöhung der Gewinnmarge besser sind.

*Man lerne also:* Hier müssen wir nicht nur, hier können wir auch umsteuern. Denn aufgrund

der hervorragenden Ausstattung des Landes mit Mitteln aus EU-Strukturfonds leiden wir nicht an Geldmangel.

Der mit über 10 Milliarden Euro ausgestattete Doppelhaushalt 2013/14 verfügte auch über ausreichende Mittel, um die seit Jahren beklagten Notlagen im Bildungs- und Hochschulbereich zumindest abzumildern, aufgrund der historisch bedingten spezifischen Ausstattung der einzelnen Ressorts mit Personal und Sachmitteln gelingt es einem allein moderierenden Ministerpräsidenten aber nicht die Mittel dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Dass allein mit den Kosten für die mit 80 Millionen Euro zu Buche schlagenden Überleiter 11 und 12 in der Lausitzer Seenlandschaft die Defizite der Lausitzer Hochschullandschaft auf Jahrzehnte auszufinanzieren gewesen wären ist da nur eine unbedeutende Randnotiz.

Anrede

Das grundlegende Manko dieser rot-roten Landesregierung ist, dass sie nach einigen überschaubaren Leuchtturmprojekten wie die Einführung des Schüler-BaföGs, der gescheiterten Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes und dem bis heute auf kommunaler Ebene überhaupt nicht und im Geschäftsbereich einiger Ministerien nur unzureichend umgesetzten Vergabegesetz keine Visionen für das Land mehr entwickelt hat.

In der Brandenburger Politik herrscht, wie die gerade von Rot-Rot hochgelobten Gutachter für die Enquetekommission Lorenz, Anter und Reutter es wissenschaftlich feinsinnig benennen, eine Politik des Inkrementalismus, des vorsichtigen Reformierens oder weniger fein ausgedrückt eine Politik des Muddling Through, des Durchwurstelns, von trial and error, von Versuch und Irrtum.

Gefordert ist aber eine konzept-orientierte Politik, eine Politik die ambitionierte Ziele setzt und diese auch umsetzt, auf allen Ebenen, in allen Politikbereichen, mit allen Instrumenten. Eine solche Politik birgt in sich natürlich genauso wie die status quo – Verteidigung das Risiko des Scheiterns. Aber sie wäre in der Lage Zukunftsperspektiven nicht nur zu benennen, sondern auch die Bevölkerung zu begeistern. Alle Parteien hatten sich in den ersten Legislaturperioden ein großes Ziel gesetzt und auch verwirklicht: Die Bildung des Landes Brandenburg als modernes neues Bundesland. Die 2012 viel gefeierte und hochgelobte Verfassung gibt davon ein beredtes Bild ab.

Aber diese Gründungsphase ist schon lange abgeschlossen. Nach Aufbau des Landes Brandenburg müssen wir uns neue Ziele setzen.

Das gilt nicht allein für die Empfehlung der Gutachter Brandenburg und Berlin zum aktiven Vorreiter zukünftiger Länderfusionen zu machen. Selbstbewusstsein können wir dabei ruhig an den Tag legen, denn Berlin ist ohne sein Umland nur die Hälfte wert und nebenbei Berlin ist unverändert die größte Stadt in der Mitte von Brandenburg. Berlin – Brandenburg, eine aufstrebende Metropole, mit einem faszinierenden Umland und nicht zwei Loser, die sich aneinander klammern, das wäre in der Tat eine neue Entwicklungsperspektive.

Berlin-Brandenburg das ist das Bild eines Landes der Kultur und Natur, ein Land, das gleichermaßen stolz auf seine Wölfe wie auf seine Theaterszene ist. Ein Land, das mehr verbindet als eine verfärbte Spree und ein Singleairport.

Ein solches großes Ziel könnte auch die Entwicklung Brandenburgs zum Vorreiterland der ökologisch-sozialen Wende in Deutschland werden. Die Voraussetzungen sind günstig, weil erste Erfolge insbesondere in der Energiepolitik ja schon auf allen Ebenen zu finden sind. Ich nenne beispielhaft die Entwicklung einer Nullemissionsstrategie im Landkreis Barnim oder die ersten energieautarken Dörfer von Atterwasch bis Proschim, und ja! Wir haben auch zum dritten Male in Folge den Leitstern für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein Leitstern, der allerdings nur die Hälfte der Energiewende, nämlich die Fortschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien widerspiegelt, die andere Seite der Medaille, den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle allerdings ausblendet.

Ökologisch-soziale Wende in einem Flächenland, das bedeutet aber mehr als Energiewende und ressourcenschonende Produktionsverfahren.

Weg vom zentralistischen Förderansatz der Regionalen Wachstumskerne, Einstieg in die Ermutigung von Raumpionieren, neue Konzepte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und neue Gemeindestrukturen mit mehr Bürgerbeteiligung, ein Land das Provinz nicht als Rückzugsraum für Provinzialität versteht, sondern als spannendes Zukunftslabor.

Und ein genauso großes Ziel könnte die Entwicklung eines Bildungslandes Brandenburg sein; ein Land, das von ganz hinten kommend sich nicht mehr mit anderen Ländern im Halten der Rote Laterne abwechselt, sondern sich an die Spitze vorarbeitet. Ein Land, das weder bei der Qualität der Kitas noch bei der Inklusion Nachholbedarf hat, sondern zur Pilgerstätte für Bildungspolitiker aus aller Welt wird. Wir fahren nicht mehr nach Finnland, sondern die Finnen kommen zu uns, dass wäre doch einmal was ganz anderes

Mit solchen Zielsetzungen könnten wir Begeisterung auslösen und Menschen aus aller Welt als NeubürgerInnen anlocken. Menschen, die wir dringend brauchen, um die sich rapide entleerenden Räume wieder zu bevölkern.

Aber wo steht die Landesregierung oder besser noch: Wo steht unser Ministerpräsident in einer solchen Leitbilddiskussion?

Nähere Ausführungen zur Länder-Fusion kann ich mir wohl sparen. Wenn Matthias Platzeck heutzutage vor einer Schulklasse zum Thema Berlin-Brandenburg referiert, können Sie sicher sein, dass hinterher ausnahmslos jeder Schüler gegen die Fusion stimmt. So geschehen in einer Angermünder Schulklasse.

Betrachten wir stattdessen exemplarisch die Reaktion von Matthias Platzeck auf das erfolgreiche Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am Willy-Brandt-Flughafen BER. Etwas Respekt für das demokratische Engagement der Initiatoren gefolgt von der klaren Ansage, dass ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 aus Wettbewerbsgesichtspunkten nicht in Betracht kommt, schließlich könnte uns Rostock ja Konkurrenz machen. Kurzum: ein Nachtflugbetrieb am künftigen Flughafen BER sei aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar.

Die bei der Diskussion um das Nachtflugverbot erneut zu Tage tretende Grundüberzeugung ist, dass die Menschen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im Wege stehen dürfen. Allen anderslautenden Feiertagsreden und Bekundungen auf Nachhaltigkeitskonferenzen zum Trotz kann sich unser Ministerpräsident vom Leitbild einer harten Industrialisierung nicht

lösen und spielt im Zweifelsfall Profitinteressen einzelner Unternehmen gegen die Menschen, deren Wohle er zu mehreren versprochen hat, aus.

Und dieses Lobbying reicht bis in die Haushaltspolitik von Bund und Ländern hinein. Während die Landesregierung im Bundesrat einerseits berechtigterweise für eine erhöhte Besteuerung von Vermögen und Einkommen streitet, kämpft sie auf der anderen Seite gegen alle Abgaben, die Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen verteuern.

So forderte sie erst vor drei Wochen im Bundesrat die Abschaffung der Flugticketsteuer (1 Mrd. Aufkommen) oder kämpfte von Beginn an für die Entlastung von Industrieunternehmen von der EEG-Umlage, wohl einkalkulierend, dass die Privatverbraucher und Kleinere Gewerbetriebe die Kosten der Energiewende alleine schultern sollen.

Da passt es dann ins Bild, wenn Matthias Platzeck auf dem Brandenburg-Tag des DGB vor drei Monaten verkündete, dass man sich ab der Bekanntgabe der neuen EEG-Vergütung für 2013 keine Sorgen mehr um die Braunkohle machen müsse, weil spätestens ab diesem Zeitpunkt der Klimaschutzgesichtspunkt gegenüber Kosten- und Versorgungsargumenten in den Hintergrund treten wird.

Genauso wie Matthias Platzeck die Berlin-Fusion seit Jahren in Grund und Boden redet, torpediert er mit immer neuen Rettungsversuchen für die Braunkohle die Energiewende. Bis heute nicht verwunden ist, dass ausgerechnet die damals schwarz-gelb regierten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein dem sozialistischen Fortschrittsglauben an CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Verpressung in Deutschland ein vorläufiges Ende bereitet haben.

Die Versenkung des Treibhausgases Kohlendioxid im Tiefengrundwasser, eine gemessen an den diskutierten Mengen bislang nur im Apothekermaßstab erprobte Technik, deren großindustrielle Nutzung in Brandenburg nicht etwa aufgrund besserer Einsicht, sondern nur aufgrund der kritischen Haltung anderer Bundesländer erst einmal aufgeschoben ist. Jetzt sollen CO<sub>2</sub>-Pipelines in die Nordsee und vielleicht auch in unser Nachbarland Polen die weitere Braunkohleverstromung in Brandenburg vorantreiben helfen.

Auf der Barbara-Feier der Lausitzer Bergleute am 4. Dezember in Cottbus wurde verkündet: In diesem Jahr sei so viel Braunkohle in der Lausitz abgebaut und verstromt worden, wie seit 1993 nicht mehr. Voraussichtlich werden es zum Jahresende 62 Millionen Tonnen sein. Aus jeder Tonne Rohbraunkohle wird dabei eine Tonne Kohlendioxid. Statt dies zum Anlass zu nehmen Vattenfall aufzufordern mit den Brandenburger Bodenschätzen sparsamer umzugehen, bejubelt die Landesregierung dies als erneuten Beweis für die Bedeutung und Notwendigkeit einer sogenannten Brückentechnologie Braunkohle.

Dass die forcierte Braunkohleverstromung und der damit verbundenen Aufschluss neuer Tagebaue mit der Vertreibung von 1.250 Menschen aus Proschim beim Aufschluss von Welzow Süd, Teilfeld II und 900 Menschen aus Kerkwitz, Atterwasch und Grabkow einhergehen soll, wird ausgeblendet.

Gutachten des DIW, die aufzeigen, dass allein schon aus wirtschaftlichen Gründen ein Aufschluss neuer Tagebaue nicht sinnvoll ist, werden als belanglos zur Seite gewischt; Schrecksekunden, die entstehen, wenn der Vattenfall-Eigner Schweden einmal wieder auf Erneuerbare Energien umsteigen will und das spürbare Aufatmen, wenn das Antichambrieren von Frau Gregor-Ness doch etwas geholfen hat.

Wie pervers es ist, dass die Lausitzer Braunkohle den Ausbau der Windenergie in Skandinavien finanzieren soll, um so der Stockholmer Regierung ein grünes Mäntelchen umzuhängen, fällt dieser Landesregierung gar nicht mehr auf.

Ich nenne aber auch das Eintreten unserer Landesregierung für Massentierhaltung in einer industriell geprägten Landwirtschaft. Obwohl die Wertschöpfung unserer konventionellen Landwirtschaft minimal ist, wurde die Umstellungsprämie auf den beschäftigungsintensiveren Ökolandbau gecancelt und wird auch mit diesem Haushalt nicht wieder aufgenommen.

Wer sich gegen diese Art verfehlter Strukturpolitik wehrt läuft große Gefahr lächerlich gemacht zu werden. Ist man für das Nachtflugverbot, so soll man in Zukunft gleich gar nicht mehr fliegen, ist man gegen die Ausweitung und Fortführung der Braunkohleverstromung über das Jahr 2030 hinaus, so soll man im Winter auf Heizung verzichten, ist man gegen Massentierhaltung, so soll man zukünftig auf seinen Weihnachtsbraten verzichten.

Mit diesem Eintreten für die harte Industrialisierung ist unser MP aus der Zeit gefallen. Er hat sich meilenweit von seinem angeblichen Vorbild (Nein, nicht Professor Succow oder Kurt und Erna Kretschmann) sondern vom verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau entfernt, der etwas geläutert im Jahre 2001 erklärte: „Wenn das nicht mehr gilt, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist, sondern der Mensch nur noch für die Wirtschaft da ist, dann ist diese Welt nicht mehr menschlich - aber sie soll menschlich sein. Darum muss die Wirtschaft für den Menschen da sein und nicht umgekehrt.“ - *Weltkongress der Union Network International, am 5. September 2001*

Anrede

Mit seiner anachronistischen „Arbeitsplätze um jeden Preis“ – Politik treibt unser MP zunehmend die Menschen auf die Barrikaden. Die Menschen haben gemerkt, dass mit dieser Politik die Standortqualität Brandenburgs als Lebensort für Menschen nach und nach vernichtet zu werden droht. Unsere Verfassung bietet als Ventil Volksinitiativen und Volksbegehren. Allerdings mit einer solch hohen Hürde bei einem möglichen Volksentscheid, dass mit einem Erfolg nicht zu rechnen ist. Aber solange Volksinitiativen nur salbungsvoll dafür gelobt werden, dass so viele Bürger zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte motiviert wurden, aber sich nichts substantielles ändert, so lange ist die Volksgesetzgebung nur ein Instrument minderer Güte.

Anrede

Wie wir spätestens seit dem Gutachten von Brenke/Ladwig und Ragnitz zur vergleichenden Analyse der Wirtschaftspolitischen Entwicklung Brandenburgs seit 1990 für die Enquetekommission wissen, haben sich alle ostdeutschen Bundesländer synchron entwickelt, völlig unabhängig welche Couleur die Regierungen hatten und ob eher wirtschaftsliberalen oder stärker planerisch orientierten Vorstellungen gefolgt wurde.

Der Vorsprung Sachsens ist genauso ein Mythos wie die Schwäche Mecklenburg-Vorpommerns. Und auch die Brandenburger Evaluation des Effekts der Regionalen Wachstumskerne zeigt, dass signifikante Unterschiede zwischen den politisch auserkorenen Förderbrennpunkten und anderen Regionen empirisch kaum wahrnehmbar sind.

Vor diesem Hintergrund sollten wir die wirtschafts- und strukturpolitische Diskussion etwas gelassener angehen und wie es im modernen Politwirtschaftssprech heißt, uns auf unsere endogenen Potentiale besinnen. Wir müssen nicht nach jedem Strohalm greifen und die Ansiedlung von Rüstungsbetrieben bejubeln.

Wir sollten also bei der Fördermittelvergabe neben dem Aspekt der Energieeinsparung und Ressourcenschonung einen Wettbewerb um die bestmögliche nachhaltige Ausnutzung der regionalen Potentiale unterstützen und nicht versuchen mit Gewalt von oben ein planwirtschaftliches Korsett über das Land zu werfen. Und natürlich sehen die historisch gewachsenen Potentiale in Eisenhüttenstadt oder Schwedt anders aus als in Lauchhammer oder in Neustadt/Dosse.

Zu diesen endogenen Potentialen für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs gehört dabei auch die Wohn- und Lebensqualität - nicht nur - aber auch im Berliner Umland. Nach unseren Berechnungen tragen die aus Brandenburg nach Berlin pendelnden Neubürger allein aufgrund des Wohnortprinzips bei der Einkommenssteuerverteilung im Umfang von mindestens 250 Millionen Euro zur Finanzierung unseres Haushalts bei.

Die aus Berlin zuziehenden NeubürgerInnen sichern mit ihrer Nachfrage nach Wohnraum und Dienstleistungen vielfältige Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten im sogenannten Speckgürtel. Nicht selten resultiert aus einem solchen Zuzug auch eine spätere Geschäftsverlagerung oder Unternehmensgründung in Brandenburg.

Aber wer Neubürger durch Zuzug aus Berlin, wer Neubürger auch in anderen Teilen des Landes gewinnen will, der muss auch etwas bieten. Wer kennt nicht den Wunsch junger Familien ihre Kinder in einer ländlichen oder kleinstädtisch geprägten Umgebung groß zu ziehen.

Aber das Bildungssystem Brandenburg schreckt ab und das hat nicht nur etwas mit dem Abonnement auf die hinteren Plätze bei allen möglichen Bildungsvergleichen. Die Unterrichtsqualität lässt nach wie vor zu wünschen übrig und wer will, dass seine Kinder vernünftig Englisch lernen, der schickt sie besser nicht ins staatliche Brandenburger Schulsystem.

Der Lehrkörper ist überaltert, Lehrkräfte werden fachfremd eingesetzt, immer noch gilt der Glaube, dass jeder Lehrer alles kann. Die Ministerin betrügt nicht nur die Schülereltern sondern auch sich selbst, wenn sie den Unterrichtsstundenausfall auf angebliche 1,9 Prozent klein rechnet.

Überhaupt nicht gut sieht es auch in den Brandenburger Kindertagesstätten aus, trotz leichter Verbesserungen des Betreuungsschlüssels hat uns Rot-Rot im Ländervergleich nur von Platz 16 auf Platz 16 katapultiert. Ganz zu schweigen davon, dass Berlin kostenlose Kita-Jahre bietet, ist in Brandenburg auch die Qualifikation vieler Erzieherinnen unzureichend. Individuelle Förderung erfordert Erkennen des Förderbedarfs, und das erfordert eine umfassende diagnostische Ausbildung.

Aber immer noch ist nicht gewährleistet, dass in jedem Brandenburger Kindergarten eine Erzieherin mit mindestens Fachhochschulabschluss zu finden ist.

Aber statt dem erklärten Schwerpunkt Bildung auch die angemessene finanzielle Ausstattung zuzuerkennen, wird das Personalkostenbudget im MBS um rund 10 Millionen Euro gekürzt. Auch wenn diese Mittel durch das Ausscheiden von Lehrkräften in Altersteilzeit frei werden, ist zu konstatieren, dass die demografische Rendite nicht im Bildungssystem verbleibt.

Und auch nicht gut sieht es im Etat für Wissenschaft und Hochschule aus:

Der EP 06 steigt – also mehr Geld in die Wissenschaft? Durch den vertraglich festgelegten jährlichen Aufwuchs um 5% durch den „Pakt für Forschung und Innovation II“ wird der Zuwachs erreicht und überdeckt die Kürzungen bei den Hochschulen. Brandenburg ist in fast allen Benchmarks weiterhin letzter Platz bei den Ausgaben für Hochschulen. ==> Wer soll die die ganzen Wissenschaftler gut ausbilden, die in den zahlreichen außeruniversitären Forschungsinstituten arbeiten sollen?

Und bei dieser Gelegenheit auch ein Wort zu den Lausitz-Hochschulen, einem kommunikativen Desaster dieser Landesregierung allererster Güte. Es wird regelmäßig von einem zusätzlichen Geldfluss in Höhe von 10% der eigentlichen HH-Mittel für die Lausitzhochschulen geredet. Richtig ist, dass davon 3,2 Mio pro Jahr für neue Studiengänge in den Gesundheitswissenschaften sind und für 2013 2,5 Mio Euro und im Jahr 2014 1,2 Mio Euro für den Tarifvertrag Umbau an Personalverstärkungsmittel ausgereicht werden. Kaum ein einziger Euro wird für den tatsächlichen Umbau in die Hand genommen. Wir Grünen haben vorgeschlagen die gravierendsten Defizite im Bildungs- und Hochschulbereich durch Umverteilung innerhalb des Personalbudgets in einem Umfang von 38 Millionen Euro abzudecken, das sind weniger als 1,3 Prozent von 2,9 Milliarden Euro. Aber dieser Antrag wurde wie alle anderen Haushaltsanträge abgelehnt. Aber das sind alles Kleinbeträge gemessen an dem Aufwand für den Flughafen Willy-Brandt:

Bis heute wissen wir nicht wie viel der Flughafen uns am Ende genau kosten wird. Auch die auf Bund und Länder zu rollenden 1,2 Milliarden Euro werden nicht das Ende der Fahnenstange sein. Bis heute ist nicht klar, wie viel der auf Brandenburg entfallenden 444 Millionen Euro zur Eigenkapitalaufstockung und wie viel als Gesellschafterdarlehen gewährt werden sollen.

Klar ist, dass die Flughafengesellschaft die ursprünglichen eingeplanten 600 Millionen Mehrausgaben für den Lärmschutz auf rund 307 Millionen gekürzt hatte und damit die nun überraschend aufgetauchten Mehrausgaben aus der Phase vor der gescheiterten Eröffnung am 3. Juni 2012 abgedeckt werden sollen. Minister Vogelsängers Aussage, dass der gesetzlich vorgesehene Lärmschutz verwirklicht werde, ist so wahr wie trivial. Die entscheidende Frage bleibt am Ende wer sich durchsetzt. Das Oberverwaltungsgericht mit seiner Feststellung, dass Null mal gleichbedeutend mit keiner Überschreitung der Lärmschutzgrenzwerte ist oder das Vogelsängerministerium mit seiner gewagten Krummen Null, wonach Null in Wirklichkeit 0,49 Überschreitungen pro Tag, also 89 Überschreitungen an 180 Tagen bedeuten soll.

Der Unterschied ist aus den Publikationen der Flughafengesellschaft und § 2 des Haushaltsgesetzentwurf eindeutig errechenbar: Er macht 293 Millionen Euro aus. 293 Millionen die im Zweifel von den Flughafeneignern zusätzlich aufgebracht werden müssen. Und damit wird noch lange nicht Schluss sein.

Nach dem nichtöffentlichen Businessplan des FBB wird der Flughafen noch mindestens 15 Jahre lang rote Zahlen schreiben, jahrelang am Tropf des Landes hängen. Aber Ministerpräsident und Finanzminister fabulieren bei jeder Gelegenheit, dass der Flughafen eine Erfolgsgeschichte sei, und demnächst zur Cash-Cow für den Landeshaushalt wird. Nicht nur wir Grünen befürchten, dass die einzige Melkkuh am Ende die Steuerzahlenden sein werden.

Wir wissen nicht ob der Flughafen am 27.10.2013 eröffnet wird. Wir wissen aber, dass es die Nibelungentreue von Wowereit und Platzeck zu Schwarz ist, die den Termin gefährdet und die Steuerzahler Geld kostet. Wären Schwarz und Körtgen gleich nach der ersten Verschiebung aus dem Verkehr gezogen worden, hätten neue Geschäftsführer einen realistischen Zeitplan aufstellen können und es wären nicht zig Millionen für unsinnige Endspurtmaßnahmen ausgegeben worden

Vorgestern hatte ich den Ministerpräsidenten vorgeschlagen seinen Namen mit einem möglichen Erfolg des Flughafens zu verbinden und eine politische Garantieerklärung abzugeben dass der Flughafen am 27.10.2013 eröffnet und der Kostenrahmen von 1,2 Milliarden nicht überschreiten wird.

Wie wäre es denn, wenn unser Ministerpräsident tatsächlich einmal seine Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung bekundet und hier erklärt, dass er bei einer erneuten Verschiebung des Flughafentermins oder einer erneuten Überschreitung des jetzt gesetzten Kostenrahmens sein Aufsichtsratsmandat wegen erkennbaren Versagens zur Verfügung stellt. Ich räume ein, nach den aktuellen Meldungen aus dem Abgeordnetenhaus in Berlin wäre das politischer Selbstmord.

Denn wie in vielen anderen Fällen auch, rechnet sich die Regierung die Wirklichkeit schön. Wenn diese Täuschung nur unternommen wird um eine günstige öffentliche Meinung der Bevölkerung über die rot-rote Regierung zu schaffen, so wäre das allein schon nicht besonders geglückt. Das Problem scheint aber zu sein, dass die Regierung geschönte Darstellungen so häufig wiederholt, dass sie am Ende der Selbstsuggestion zu unterliegen scheint – Mit unabsehbaren Folgen für das Land.

Anrede

Ich komme zum Schluss. Mit diesem Haushalt wird der Versuch unternommen die Folgekosten für das Versagen von Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Flughafengesellschaft dem Steuerzahler möglichst geräuschlos überzuhelfen.

Dieser Doppelhaushalt ist aber auch erneut ein Dokument der Mutlosigkeit von Rot-Rot, eine weitestgehende Fortschreibung des status quo, ein Haushalt ohne neue Ideen, ein Haushalt ohne die Bereitschaft neue Akzente in der Finanzierung von Bildung und Hochschulen zu setzen.

Während alle anderen ostdeutschen Bundesländer bereits 2013 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen oder sogar in die Tilgung einsteigen, will die Landesregierung im Windschatten der Flughafenfinanzierung ihre Verschuldenspolitik um ein weiteres Jahr verlängern.

Mit diesem Doppel-Haushalt, insbesondere aber mit einer mit dem Weichzeichner gemalten mittelfristigen Finanzplanung täuscht die Landesregierung die Bevölkerung genauso wie sich

selbst über die Herausforderungen und Risiken der nächsten Jahre hinweg und überlässt deren Bewältigung allein ihren Nachfolgern.

Sie werden verstehen, dass wir einem solchen Haushalt nicht zustimmen können!